

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 10/47. Jahrgang

Oktober 2016

Schutzgebühr: 0,40 €

Stadtparlament beschließt Leiharbeit

Auf der letzten Stadtverordnetensitzung hat die Gießener LINKE beantragt: das Stadtparlament möge beschließen, für den Winterdienst und die Sauberhaltung der Stadt ausreichende Planstellen neu zu schaffen und keine Leiharbeitsverhältnisse einzugehen.

Sie forderte den Magistrat auf, für den Winterdienst personelle Aufstockung vorzunehmen, um den wiederkehren-

den Beschwerden über Schmutz in Gießen und schlecht geräumte Wege im Winter Rechnung zu tragen. Dies soll jedoch durch ausreichende Planstellen und nicht durch Leiharbeit geschehen. Sie begründete dies damit, dass Leiharbeit zusätzliche Ausbeutung ohne Mitbestimmungsrecht für die Beschäftigten bedeute. Diese erhalten Lohn in der untersten Vergütungsgruppe, 30 - 50% weniger als ihre Kollegen in Festeinstellung. Durch Leiharbeit wird die Altersarmut weiter stark zunehmen.

Die Stadt sollte Leiharbeit - insbesondere unter einer sich sozialdemokratisch verstehenden Oberbürgermeisterin - nicht einführen, auch wenn die heutige Leiharbeit (wie viele sozialpolitische Verschlechterungen) von der SPD selbst im Rahmen der Agenda 2010 eingeführt wurde. Der Antrag wurde mehrheitlich von der Stadtver-

Inhalt:

Jordan doch Faschist/Drei reichen	S.2
Wohnunterversorgung/"Baumschutz"	S.3
Armutbericht/Wetzlar bunt/TTIP	S.4
Monsanto/Sonntagsverkauf kippt	S.5
Anti-DDR-Ausstellung/BRD schnüffelt	S.6
Antikriegstag/Gemeinsam kämpfen	S.7
Termine	S.8

ordnetenversammlung abgelehnt. Alle Parteien außer der Fraktion die LINKE stimmten für die Leiharbeit und damit für die Interessen des Kapitals und gegen die der arbeitenden Menschen - nur die Piraten enthielten sich der Stimme, die Bürgerliste war nicht anwesend. Die OB setzte in ihrer Begründung noch einen drauf und sagte, dass die Stadt Leiharbeit nicht missbrauchen wolle und ignoriert somit, dass Leiharbeit bereits Missbrauch ist. Martina Lennartz, Stadtverordnete der Fraktion die LINKE in Gießen



Gießen meine Heimatstadt, die kein einzig Örtchen hat

Das dürfte unter vergleichbaren Städten ziemlich einmalig sein. Mit der Schließung der letzten öffentlichen Toilette am Brandplatz (sie ist nur noch während des Wochenmarktes zugänglich) ist Gießen endgültig eine WC-freie Stadt für Passanten und Besucher. Und die „nette Toilette“, die Gaststätten und Einrichtungen freiwillig zur Verfügung stellen, befindet sich auf dem Rückzug. Ohnehin sind sie meist nicht behindertengerecht und nicht durchgehend nutzbar. Sie kann auch keinesfalls die Stadt aus ihrer Verantwortung entlassen,

für ausreichende, regelmäßig gereinigte, mit Hinweisschildern leicht zu findende und möglichst kostenfreie öffentliche Toiletten in der Stadt zu sorgen. Das gehört doch zu den vorrangigen Aufgaben. Geschieht dies nicht, kommt es nicht nur zu Vandalismus, sondern notgedrungen zum „Wildpinkeln“, das laut Bußgeldbescheid mit 30 Euro aufwärts geahndet werden kann. Aber vielleicht ist das genau das Kalkül der Stadt. Nur – in der Trinkerszene könnte die Eintreibung mit Schwierigkeiten verbunden sein.



Für Frieden und Sozialismus!

DKP

AfD-Stadtverordneter Jordan ist doch ein Faschist

Mit Genugtuung hat der Kreisvorstand der DKP Gießen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Erika Beltz „wegen des Verdachts der Beleidigung zum Nachteil von Herrn Hilmar Jordan“ zur Kenntnis genommen. Erika Beltz, Mitglied des Kreisvorstands und inhaltlich Verantwortliche für die DKP-Zeitung Gießener Echo hatte im April diesen Jahres in einem Artikel festgestellt, dass mit dem AfD-Stadtverordneten Jordan erstmals ein Faschist im Gießener Stadtparlament sitzt, der, so wörtlich „seine Hauptaufgabe darin sieht, die Nazi-Verbrecher des ‚Greifgeschwaders 55‘, das Städte wie Warschau und Coventry in Grund und Boden bombte, in Ehren zu halten“.

Darin konnte die Staatsanwaltschaft keinen Anlass zur Klageerhebung feststellen und stellte das Verfahren nach § 170 Abs. 2 Strafprozessordnung ein.

Ob die Entscheidung der Staatsanwaltschaft nun bedeutet, dass der Begriff „Faschist“ keine Beleidigung darstellt oder ob nur Jordan als Faschist bezeichnet werden darf, geht daraus nicht hervor.

Erika Beltz meinte hierzu, dass sie zwar mit diesem Ergebnis gerechnet habe, aber auch einen Prozess gegen Herrn Jordan keinesfalls gescheut und gerne auch vor Gericht ihre Überzeugung vorgetragen und belegt hätte. Der Verlauf des letzten parlamentarischen Abends, den Jordan dazu

missbraucht habe, für seine faschistischen Gedenkrituale zu werben, habe die im Gießener Echo geäußerte Feststellung bekräftigt und dürfte auch bei anderen Stadtverordneten keine Zweifel mehr über seine Gesinnung aufkommen lassen.

So berichtet die Gießener Tagespresse

Diese Pressemitteilung wurde vom Gießener Anzeiger - wie es sein sollte - fast unverändert veröffentlicht, während die Gießener Allgemeine nur einzelne Formulierungen in einem eigenen Artikel anführte und ansonsten lieber Jordans Ansichten verbreitete, wobei dieser sich selbst entlarvte: Er barmte, "es muss doch endlich Schluss sein mit der Verteufelung unser Väter und Großväter" und wird weiter zitiert, die meisten deutschen Soldaten hätten sich im Zweiten Weltkrieg "ehrenthaft verhalten". - Von den Verbrechen der Wehrmacht, den Gräueltaten der Nazi-Armee will er nichts gehört haben? Dass die Bomben seines Greif-Geschwaders tausende Zivilisten "ehrenthaft" umbrachten, will er wirklich glauben machen? - Am Ende des Artikels wird von der GAZ angemerkt, dass manche Historiker die Zerstörung deutscher Städte nicht minder verwerflich fänden. Also Greif, samt Jordan reingewaschen, oder nur relativiert? Als ob man die barbarische Kriegsmaschinerie der Faschisten, die ganz Europa und seine Völker unterwerfen und Untermenschen ausrotten wollte, vergleichen kann mit den Bombardements der Alliierten im Abwehrkampf. Die GAZ kann das offenbar.E.B.

Die Kranzniederlegung wurde verhindert

Der Kammersoldat des Kriegsgeschwaders 55 „Greif“ ist ein zu seinem Geburtstag

Die Kranzniederlegung zu Ehren des Kammersoldaten des Kriegsgeschwaders 55 „Greif“ ist ein zu seinem Geburtstag... (Text is partially obscured and difficult to read due to image quality)



Gegen das Greifdenkmal an der Licher Gabel und das jährliche "Gedenken" gab es jahrelangen Protest in Gießen. Der Greifvogel verschwand, es wurde beschmiert, verhüllt, beschädigt und schließlich "umgewidmet". Links ein Zeitungsausschnitt vom 22.6.1987, damals war es gelungen, die Kranzniederlegung der ewiggestrigen Kriegsverherrlicher zu verhindern: "...Unter den Demonstranten, die mit Plakaten und einem Spruchband das Mahnmal umstellten waren auch die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Gießener Stadtparlament Karin Hagemann und Stadtrat Heinrich Brinkmann..."

Drei reichen

Ein schwieriges Unterfangen, in wenigen Wochen der Sommerferien 3114 Unterschriften zu sammeln. Das Ziel war: Eine Abstimmung der Gießener zur geplanten Erhöhung der Zahl der hauptamtlichen Magistratsmitglieder von drei auf vier zu erreichen und somit den vierten Hauptamtlichen zu verhindern.

Dieses Ziel hatte auch mal die SPD vor einigen Jahren ausgegeben. Aber wer die SPD kennt, weiß, dass diese Partei im Großen und Kleinen ihre Aussagen staatstragend zu ändern in der Lage ist.

Die erforderlichen Unterschriften konnten nicht erreicht werden. Immerhin kamen 2329 Unterschriften zusammen. Insofern kann man unter den genannten Bedingungen nicht von

Scheitern sprechen. Elke Koch-Michel, Thomas Jochimsthal und Peter Zerche haben alleine gekämpft. Die DKP hatte zu dieser Zeit andere Schwerpunkte und ein paar Unterschriften beigebracht. Die Partei Die Linke hatte eine Unterstützung abgelehnt.

So wurde inzwischen der Jurist Peter Neidel (CDU) als weiterer Hauptamtlicher gewählt. - Einfacher und logischer wäre gewesen: Die Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich nach dem Ergebnis der Kommunalwahl im März abzuwählen, Herrn Neidel als Bürgermeister ins Amt zu bringen und Schluss. Aber - wer Gerda kennt, der weiß: solange in Gießen noch ein Baum steht, sieht sie ihre Aufgabe noch nicht als gelöst an. Michael Beltz



Wohnraumunterversorgungskonzept für Gießen

Endlich liegt in Gießen vor, was schon seit Jahren fällig war: Der Entwurf eines Wohnungsversorgungskonzepts. Das Bochumer Inwis-Institut hat herausbekommen, was in Gießen jeder, der sich einigermaßen auskennt, seit langem weiß: Es fehlen tausende Wohnungen. Vor allem im unteren Preisbereich und bei kleinen Wohnungen gibt es eine riesige



Lücke zwischen Angebot und Nachfrage. Außerdem sind die für Bezieher von Hartz IV oder Grundsicherung festgelegten Kosten der Unterkunft viel zu niedrig, im Bereich unter 6 Euro pro m² gibt es praktisch kein Angebot. Der Magistrat und die Wohnbau tun seit langem viel dafür, die Situation zu verschärfen. Der Wohnungsbau wurde privaten Investoren vorbehalten, die vor allem hohe Gewinne erwirtschaften wollen und deswegen Wohnungen im oberen Preisbereich erstellen. Die Wohnbau hat durch aufwendige Sanierungen aus billigen Wohnungen teure gemacht. Dahinter steht auch politische Absicht: Wohlhabende Steuerzahler sind der Stadtregierung lieber als Arme, die eher Geld kosten. In dem jetzt vorliegendem Konzept werden Vorschläge gemacht, die diesem Treiben ein Ende machen könnten. Für die nächsten Jahre wird der Bau von 1500 Sozialwohnungen vorgeschlagen. Das ist immer noch zu wenig – so viele Suchende stehen schon jetzt auf der Warteliste der Wohnbau, außerdem fallen weitere Wohnungen

aus der Sozialbindung. Die zeitliche Begrenzung der Sozialbindung ging wohl von der Vorstellung aus, die Zahl der Menschen mit niedrigem Einkommen ginge nach und nach zurück. Bisher haben aber alle Regierungsparteien ihr Bestes getan, um mit Niedriglöhnen, Sozial- und Rentenkürzungen das Gegenteil zu erreichen. In dem Konzept wird vorgeschlagen, bei allen größeren Wohnungsbauvorhaben eine Sozialquote von 30% vorzuschreiben. Einen entsprechenden Antrag hatte die Mehrheit von SPD, CDU und Grünen gerade abgelehnt – vor allem die Grünen pflegen ihren Sozialdünkel und wollen nicht, dass ihre Milieus von Ärmern gestört werden. Der Konzeptentwurf liegt der Öffentlichkeit jetzt vor und ist im Internet unter www.giessen.de zu finden. Einige Annahmen in dem Text sind nicht nachvollziehbar, so wird zum Beispiel von einer sinkenden Studentenzahl ausgegangen und es werden vollkommen unplausible Sprünge in der Altersverteilung angenommen.

Gernot Linhart

Täuschung mit "Baumschutzsatzung"

Der Gießener Bauausschuss hat gegen die Stimmen u.a. der „Gießener Linken“ eine „Baumschutzsatzung“ durchgewunken, die von der Bürgermeisterin von den Grünen mit dem Versprechen einer „ganz breiten Bürgerbeteiligung“ angekündigt war. Umweltverbände wie HGON und BUND und „Lebenswertes Gießen“ sowie die Bürgerinitiative „Wieseckau“ lehnten bereits im Vorfeld den Entwurf ab und forderten gravierende Nachbesserungen.

Nicht nur, dass die Satzung „lediglich eine geringe Zahl an Gießener Bäumen“ schützen wird, die auf Privatgelände wachsen.

Kein einziger Baum würde vor dem Zugriff der Stadt und der Bürgermeisterin geschützt. Auch die Bäume auf dem Gelände von Universität und Technischer Hochschule wären nicht geschützt.

Die kürzlich erfolgten Radikalschnitte entlang des Klingelbachs zeigen, dass die Stadt mit Zustimmung der „Unteren Naturschutzbehörde“ nicht auf Rodungen verzichten will. Das

Vorgehen ist billiger als jedes Jahr gemäßigte Rückschnitte im Gehölz vorzunehmen. -

Die Nachwirkungen des Landesgartenschau-Defizits sind auch in der Natur bemerkbar.

Eine effektive und konsequente Baumsatzung wäre für die Regierenden nur hinderlich. Präzise gesagt: Die Stadtregierung hat kein Interesse, Bäume zu schützen, sie will aber ihr Kettensägen-Image mit Hochglanzbroschüren wie „Bäume in der Stadt“ und mit dieser Satzung wegpolieren. Täuschungsmanöver nennen das manche, Betrugsversuch andere. - Wie ist es auch sonst zu verstehen, dass die Stadt und ihr Gartenamt sich zielt, das städtische Baumschutzkataster, in dem „fast alle der ca. 25.000 städtischen Baumstandorte erfasst“ sind (aus: Bäume in der Stadt) an interessierte Personen heraus zu geben.

Die Bürgerinitiative „Wieseckau“ fordert von der Stadt die Offenlegung der Baumfällpläne für die nächsten Monate.

M. Berger



Armutsberrichte – ein Armutszetgnis für den Staat

Im letzten Monat hat das Statistische Bundesamt wieder mal einen Bericht zur Armut in Deutschland veröffentlicht. Wer die Verhältnisse im Land beobachtet, wird sich nicht wundern, dass trotz Wirtschaftswachstum die Armut nicht ab-, sondern zugenommen hat.

Besonders die Zahl der betroffenen Kinder ist wieder größer geworden. Hierzu hat die Bertelsmannstiftung einzelne Städte untersucht und dabei festgestellt, dass in Gießen jedes vierte Kind von Armut betroffen ist. Das Wort „Arme“ kommt in den Berichten nicht vor, es heißt immer „Armutgefährdete“.

Wie kann denn der Gefährdete verhindern, dass er tatsächlich arm wird? Wenn sein Geld bis zum 20. oder 25. reicht, ist er erst dann arm?

Die Leute, die solche Berichte schreiben und sich Worte wie „Armutgefährdete“ ausdenken, haben wahrscheinlich keine Ahnung wie es den Menschen geht, die sich keine gesunden Nahrungsmittel kaufen, kaum am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen und ihren Kindern nichts bieten können außer billigem Essen und billiger Kleidung.

Gernot Linhart

Wetzlar: bunt statt braun



Auf entschiedene Gegenwehr stieß am 7. Oktober der Versuch von Neonazis aus dem Lahn-Dill-Gebiet, im industriell und multikulturell geprägten Wetzlarer Stadtteil Niedergirmes mit einer Demo „Fuß zu fassen“. Der demagogischen Parole „WIR setzen auf die deutsche Jugend – IHR auf Einwanderung“ wurde von 1500 Nazi-Gegnern eine klare Abfuhr erteilt. In Niedergirmes herrschte Volksfeststimmung. Ernst Richter vom Bündnis BUNT statt BRAUN erinnerte daran, dass am Kundgebungsort im Frühjahr 1945 „die deutsche Jugend“ als Kanonenfutter gegen die anrückenden Ami-Panzer verheizt wurde und Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen sei. Lisa Roth sprach für die SDAJ Gießen und rief dazu auf, dass sich Arbeiterjugendliche, Schüler und

Studenten gemeinsam gegen die Zumutungen des entfesselten Kapitalismus zur Wehr setzen. Internationalismus bedeute, dass man sich nicht nach Rassen, Ethnien und Religionszugehörigkeit spalten lasse. Die rund 80 – zum Teil von außerhalb angereisten – Nazis harrten zunächst fast 2 Stunden unter ihren schwarz-weiß-roten Fahnen auf dem Bahngelände aus. Eskortiert von jeder Menge Polizei zogen sie dann durch die auf der anderen Seite des Bahngeländes gelegene Innenstadt. Als NPD-Hauptling Hantusch auf dem Domplatz das Mikro ergriff, war für Umstehende nichts davon zu hören, weil der katholische und der evangelische Dompfarrer eine Viertelstunde lang die Glocken läuten ließen: „Gefahr im Anmarsch, wehret den Anfängen!“ Klaus Petri

Zum Nachdenken:

Was ist ein Professor, dem man den Titel aberkannt hat?

Antwort: Er ist REHABILITIERT



40.000 Menschen demonstrierten am 17.9. in Frankfurt, weitere 300.000 in 6 anderen Städten, gegen TTIP und CETA. DKP und SDAJ waren mit Fahnen und Transparenten dabei. In den meisten Massenmedien wurde die Zahl der Teilnehmer stark nach unten korrigiert und die in den vielen Redebeiträgen vorgetragenen Argumente verfälscht oder verschwiegen.

Chaos auf der Stadtpost

Oft sind nur zwei Mitarbeiter am Schalter zu sehen. Die Kunden stehen in einer Schlange als ob es Bananen gäbe. Nach dem Feiertag (3. Oktober) waren trotz des zu erwartenden Hochbetriebes drei Mitarbeiter auf ca. 20 Kunden angesetzt.

Die sollen dann einem Ausländer erklären, wie er Geld in die Heimat schicken kann, gleichzeitig sollen sie für eine Kontoeröffnung werben und erklären, warum es keine selbstklebenden 1-€-Marken mehr gibt.

Privatisierung sei Dank.



Bayer schluckt Monsanto

Ein großes Monster hat sich ein kleineres einverleibt – so könnte man die Übernahme des Monsanto-Konzerns durch den Bayer-Konzern beschreiben. 60 Milliarden Dollar zahlt Bayer an die Monsanto-Aktionäre, um zum weltweit größten Akteur auf dem Saatgut- und Agrarchemie-Markt zu werden.

Für viele ist das eine sehr schlechte Nachricht. Der Artenreichtum wird weltweit abnehmen – der Konzern fördert eine Landwirtschaft, die mit ihren Pflanzen- und Insektengiften das Artensterben vergrößert.

Auch die Zahl der Nutzpflanzenarten wird geringer – weltweit werden Landwirte abhängig von immer weniger Arten, für die sie das Saatgut geliefert bekommen. Die Produktion des eigenen Saatgutes, die traditionell üblich war, wird durch Gesetze, Lizenzbestimmungen und biologische Methoden unterbunden.

Der Konzern behauptet, er würde den Hunger in der Welt bekämpfen – das Gegenteil ist der Fall. Auch auf die Beschäftigten der beiden Konzerne kommen schlechte Zeiten zu – das Geld für die Übernahme muss ja wieder reingeholt werden.

Mit ihrer Arbeit haben die Arbeiter und Angestellten – nicht die Manager – die Milliardenwerte der Firmen geschaffen.

Jetzt müssen sie auch noch den Kaufpreis erarbeiten, damit die Aktionäre weiter bedient werden können. Personalabbau, Rationalisierung, mehr Arbeit für weniger Geld – das sind die üblichen Methoden nach solchen Betriebsübernahmen.

Gernot Linhart

Pressemitteilung

Bleiben künftig auch in Gießen die Geschäfte sonntags zu?

Das gilt möglicherweise auch für den Krämermarkt in Gießen.

Eine eindeutige Rechtsprechung hat den ausufernden verkaufsoffenen Sonntagen einen klaren Riegel vorge-schoben.

Verkaufsoffene Sonntage in Limburg und Karben wurden bereits abgesagt – der Fachbereichsvorstand Handel fordert andere Mittelhessenstädte zur Nachahmung auf.

Der Marburger OB Spies teilte der mittelhessischen Allianz schriftlich mit, dass künftig kein Marburger Einzelhandels-geschäft mehr als drei Mal im Jahr an Sonntagen öffnen kann. Für Wetzlar hat OB Wagner zuge-sagt, dass unter Beteiligung der Allianz die Voraussetzungen für künftige Sonntagsöffnungen für Wetzlar geprüft und angepasst werden sollen. Völlig offen hingegen ist z. Zt. die Situation in Gießen.

In einem einstimmig gefassten Be-

schluss begrüßt der Fachbereichs-vorstand Handel in der Gewerkschaft ver.di Mittelhessen die Absage der Sonntagsöffnung anlässlich des Mantel-Sonntags im November durch den Cityring in Limburg ebenso wie die Absage aller Sonntagsöffnungen bis auf weiteres durch den Gewerbeverein in Karben.

Dies erfolgte aufgrund der aktuellen Rechtsprechung.

Wir werten dies als weiteren Erfolg zugunsten des Sonntagsschutzes, sagte der Vorsitzende Helmut Appel. Die Allianz für den Freien Sonntag ist ein Zusammenschluss von Kirchen, Freizeitverbänden und Gewerkschaften. Ihr erklärtes Ziel ist es, die Arbeit am Sonntag auf das wirklich Notwendigste zu beschränken.

Sie beruft sich dabei auf den verfassungsgemäßen Sonntagsschutz in Artikel 140 GG.



„Feind ist, wer anders denkt“ - nicht zu empfehlen

Seit 1. Oktober ist an der Justus-Liebig-Universität eine Ausstellung zu obigem Thema zu sehen. Der Titel lässt es nicht unbedingt vermuten, aber es geht um das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS). Zur Eröffnungsveranstaltung lud der Präsident der Universität, Prof. Dr. Joybrato Mukherjee, den hessischen Ministerpräsidenten, Volker Bouffier, und den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des MfS, Roland Jahn, in die Aula ein. Die ca. 50 Interessierten mussten sich einiges anhören. So sei Gießen ein Sehensuchtsort für viele DDR-Bürger gewesen, erklärte Mukherjee, die Universität kämpfe weiter gegen das Vergessen. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung in der BRD mit ihren mündigen Bürgern sei das Gegenteil von dem, was das MfS wollte. Bouffier erinnerte voller Stolz an das Notaufnahmelager in Gießen, wo viele freigeverkaufte Häftlinge ankamen. Passend dazu erzählte Jahn, wie in einem Gefängnis ein Beitrag über die

Arbeitslosenzahlen in Gießen gezeigt wurde. Sofort jubelten die Insassen: „Wir wollen nach Gießen!“ - Endlich arbeitslos! Die vielen Beschäftigten, denen nach dem Anschluss der DDR die Arbeit genommen wurde, haben gewiss nicht gejubelt.

schützen. - Totale Überwachung und Bespitzelung sind also hier erlaubt und erwünscht.

Gar nicht geklärt wurde die Frage, die sich aus dem Titel der Ausstellung ergibt: Wer gibt denn die vermeintlich richtige Meinung vor und wer entscheidet, wer anderer

Meinung ist? Mir ist das klar: die Herrschenden mit ihren verbündeten Politikern sagen, wie es läuft. Kritiker sind automatisch Feinde, was ich in diesem Fall aber gerne hinnehme.

Die Ausstellung ist insgesamt einseitig. Sie versucht Objektivität auszustrahlen, Ursachen und Zusammenhänge vermisst

man jedoch. Der einzige Zweck besteht wohl darin, die BRD besser dazustehen zu lassen, indem man über die DDR schlecht redet. Dass man dies auch heute noch macht, zeigt, dass die DDR doch viele gute Seiten gehabt haben muss. Bis 19. Oktober ist die Ausstellung noch geöffnet, empfehlen kann ich einen Besuch nicht. Rainer Grabowski



Weiter behauptete Bouffier, in der DDR sei nichts gut gewesen. Jahn fügte noch hinzu, das System habe funktioniert, obwohl alle dagegen gewesen wären. Das sind jedoch unzulässige Übertreibungen und Verallgemeinerungen. Jahn steigerte sich noch, indem er die Geheimdienste in einer Demokratie lobte, denn sie würdigen die Menschen und die Freiheit

BRD kontrollierte Millionen Briefe von DDR Bürgern

Wenn einer darüber genauestens Bescheid wusste, wie in der DDR gedacht oder auch anders gedacht wurde, dann ist es die BRD. Jedes Wort, jeder Gruß, jede Mitteilung, die per Post aus der DDR in die BRD geschickt wurde, wurde von den hiesigen Geheimdiensten konfisziert, kontrolliert und - je nach dem - weitergeleitet oder geschreddert (letzteres geschah z.B. in der JVA Hannover). Das war grundgesetzwidrig? Wie sagte CDU-Innenminister Höcherl: „Die Beamten können doch nicht den ganzen Tag mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen.“ - 119 Millionen Postsendungen, die von der DDR in die BRD kamen, sind so allein in den Jahren von 1955 bis 1972 aus dem Verkehr genommen worden.

Ist das Schnee von gestern? Die Überwachung der gesamten Bevölkerung – Kontrolle von Telefon- und Mail-Verkehr, Handys, Trojaner... - ist inzwischen derart perfektioniert – da bleibt für die Stasi nur ein müdes Lächeln. Aber genau davon sollen auch solche Ausstellungen ablenken. Feinde der Herrschenden der BRD sind alle, die eine sozialistische Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg anstreben, Feind der Arbeiterbewegung ist das Kapital, das für den Profit über Leichen geht.

Erika Beltz



Für Frieden gemeinsam kämpfen - ein Appell

Am 1. September, dem Antikriegstag, traten die Gießener Kriegsgegner gemeinsam auf: zur Demonstration, Kundgebung und anschließender Veranstaltung im Kerkradezimmer. Auf dem Podium: DGB, SDAJ, Frauen für den Frieden und IPPNW. Ein hoffnungsvoller Beginn der Zusammenarbeit, nachdem wir oft genug getrennte Wege gegangen sind und sich wenige

Einig waren wir uns wohl, an die Traditionen der Friedensbewegung und der frühen Ostermärsche der 60er und 80er Jahre anzuknüpfen. Das äußert sich auch darin, dass Kommunisten und Frauen für den Frieden an den traditionellen Farben blau/weiß auf den Transparenten festhalten. Wir Kommunisten müssen uns stets in Erinnerung halten, dass bereits für

Die Friedensbewegung ist schwach, obwohl heute so viele Kriege geführt werden, wo Länder und Menschen dem machtpolitischen Gewinnstreben geopfert werden, wie in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien... , wo die Gefahr eines dritten Weltkrieges größer denn je und starke, geeinte Friedenskräfte notwendiger denn je sind.

Mein Respekt gilt allen, die sich engagieren und damit zur Stärkung des Bündnisses beitragen.

Und wir Kommunisten haben keinen Anlass geringschätzig auf andere Friedenskämpfer herabzusehen.

Als unsere Basis sollte gelten: wir berufen uns gemeinsam auf die Erklärungen vom Kasseler Friedensratschlag und den Frankfurter Aufrufen zum Ostermarsch. Michael Beltz



Veranstaltung zum Antikriegstag in Gießen. Auf dem Podium von links: Klaus Zecher (DGB), Laura (SDAJ), Martina Lennartz (Moderation), Burkhard Staude (IPPNW), Ilse Staude (Frauen für den Frieden)

beim Ostermarsch in Frankfurt und am Samstag davor im Seltersweg getroffen hatten.

So ein Bündnis ist kein Selbstläufer. Es gab und gibt Animositäten und Vorurteile zu überwinden. Da kommt einerseits stets wieder ein irrationaler Antikommunismus hervor, andererseits werden die blau/weißen Friedensfrauen dargestellt, als würden sie ausschließlich um Frieden beten. Das drückte sich darin aus, dass der Vertreter von „Ärzte gegen den Atomkrieg“ ärgerlich den Saal verließ, andererseits kam ein mitleidiges Lächeln den christlich engagierten Menschen entgegen.

Lenin die Friedensfrage eine zentrale Aufgabe im Kampf gegen die Imperialisten war (Friedensdekret). In Gießen kann ich mich an die Ostermärsche der 60er und 70er Jahre erinnern, wo Kommunisten (Ria und Walter Deeg, Anton Kaiser) mit Christen (Pfarrer Vollrath) und anderen Friedenskämpfern (Heinz Nagel...) zusammen demonstrierten. Dann kamen die großen Friedensaktionen der 80er Jahre mit hundertausenden Teilnehmern, bei denen sich auch die Gewerkschaften stark engagierten. Heute treten in Gießen öffentlich fast nur noch die „Frauen für den Frieden“ auf wie die Pfarrerin Ilse Staude, Eva Berg, Heide Blum... - und Mitglieder der DKP.

DANKE!

Wir bedanken uns für alle großen und kleinen Beiträge, die bei uns eingegangen sind. Wir müssen dennoch um weitere Spenden und um pünktliche Bezahlung der Zustellungsgebühren bitten, damit das Echo weiter in hoher Auflage erscheinen kann.

Wir bitten um Überweisung auf das Konto:

Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70.

Nicht vergessen: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden.

Mit vielem Dank die Redaktion des

Gießener Echo



Redaktionsschluss für November-Echo: Mi., 26.10.

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche antikapitalistisch!
10 Wochen kostenlos testen
CompressVerlag,
Hoffnungs-Str. 18 ,
45127 Essen
info@unsere-zeit.de

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.
3 WOCHEN GRATIS! **jungeWelt**
www.jungewelt.de/testabo
Abofon: 030 53 63 55 50

2. Linker Ratschlag sinkende Renten - steigende Altersarmut

Veranstaltung mit Ulf Immelt,

Gewerkschaftssekretär DGB-Region Mittelhessen

am Donnerstag, dem 3. November, um 19 Uhr, im Dachsaal
des DGB-Hauses, Walltorstr.

Eine Veranstaltung der Gießener Linken

Kundgebung zur Reichspogromnacht

Am Mittwoch, 09.11.2016 führt das Antifa-Plenum eine Kundgebung durch.

Im Rahmen einer Kranzniederlegung wird den Opfern der Reichspogromnacht gedacht und an die Notwendigkeit, angesichts aktueller faschistischer Übergriffe, eines kämpferischen Antifaschismus gemahnt.

Der Beginn der Veranstaltung ist 17.30 Uhr und sie endet um 18.30 Uhr.

Die Kundgebung wird am Mahnmal für die Opfer des Faschismus am Berliner Platz in Gießen stattfinden.

Autor Klaus Frahm liest regionale Krimis

Am Mittwoch, 26.10.16 um 19 Uhr, Büchergilde Gutenberg,
Wetzsteinstraße

Klaus Frahm, Mitglied im Verbund deutschsprachiger Kriminalschriftsteller und bekannt in der regionalen Krimi-Szene, liest aus seinen neuesten Büchern.

Freiheit für die ATIK-Gefangenen

„Freiheit für die ATIK- und TKP/ML-Gefangenen, Weg mit dem § 129a/b“ forderten die Teilnehmer einer Infoveranstaltung am 5. Oktober im NAV-DEM

(ehem. mesopotam. Zentrum) Gießen (s. Foto). Der politische Prozess in München (s. GE 08/16) ist Ausdruck der partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und dem türkischen AKP-Regime. Er ist ein Angriff auf alle linken Kräfte.



Daher wurden als wichtigste Aufgaben genannt: Solidarität mit den Gefangenen, breitere Bekanntmachung und gemeinsamer öffentlicher Protest. Grabowski
Weitere Infos unter: www.tkpm1-prozess-129b.de.

Für den 05.11., dem Welt-Kobanê-Tag, ist in Gießen eine Demo „Solidarität mit Rojava“ geplant.

**Widerstand
gegen Hartz IV
montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern!**

Offenes Treffen gegen Krieg und Rassismus

Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat treffen sich um 18 Uhr interessierte Jugendliche im Jugendzentrum „Jokus“, Ostanlage 25a.
facebook.com/otgiessen.

Für eine starke Friedens- bewegung

von Patrik Köbele,
Vorsitzender der DKP

Die Anzahl der Kriege und Krisen wächst. Tausende sterben. Millionen sind auf der Flucht. Die Kriege haben Ursachen und Verursacher, allen voran das Kriegsbündnis NATO unter Führung des US-Imperialismus. Regelmäßig dabei und nicht weniger kriegstreibend, die EU, Deutschland, Frankreich, Großbritannien. - Sie sind die Verursacher der Katastrophen in Syrien und Libyen, sie zünden in der Ukraine. Noch werden die Aktionen der Friedensbewegung in Deutschland nicht die Kraft haben, dem deutschen Imperialismus in den Arm zu fallen... Wir brauchen eine Friedensbewegung, die verwurzelt ist in den Betrieben, Schulen, Universitäten und Stadtteilen. Wir brauchen die Zusammenführung von Friedens- und Arbeiterbewegung, wir brauchen die Gewerkschaften im Friedenskampf.

Wir brauchen die wachsende Erkenntnis, dass der Kampf gegen TTIP und CETA, die nichts anderes als ökonomische Kriegserklärungen sind und zu Recht als „Wirtschafts-NATO“ charakterisiert werden und der Kampf gegen NATO, Auslandseinsätze der Bundeswehr und Rüstungsexporte zusammengehören.

Kriege haben Ursachen, Verursacher und Profiteure. In unserem Land sind das Rüstungskonzerne, der militärisch-industrielle Komplex und ihre Bundesregierung. Es sind die Parteien, die Auslandseinsätzen der Bundeswehr zustimmen. Zehntausend Tote, millionenfache Vertreibung nehmen sie in Kauf, die Flüchtenden missbrauchen sie, um die Konkurrenz um Arbeit, Wohnung zu erhöhen. Rassismus ist ihnen willkommen, er spaltet den Widerstand. Kriegstreiberei und Spaltung, das ist die Rolle der AfD. Die DKP setzt dem den Kampf um eine starke Friedensbewegung entgegen. Stark heißt einerseits mobilisierungsfähig, dazu leisten wir nach Kräften unseren Beitrag. Stark heißt auch Klarheit über den Gegner. Wir sagen: Gegen die Kriegstreiber in NATO, EU, US- und Bundesregierung, stoppt die NATO-Osterweiterung, stoppt die militärische Umzingelung Russlands, für Frieden mit Russland. (leicht gekürzt)